

# Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die werktägige Bevölkerung.

Telephone  
Redaktion 3141.

Telephone  
Expedition 1206.

Nr. 293.

Breslau, Donnerstag, den 16. Dezember 1915.

26. Jahrgang.

## 65 gegen 41.

Die Mehrheit in der sozialdemokratischen Fraktion, die sich für die Bewilligung der neuen Kriegskredite entscheidet, ist wieder etwas knapper geworden, ein Fetzen, daß es für den Sozialdemokraten immer schwieriger wird, die Frage zu beantworten, wie er am besten seinem Volke und seinem Lande dient, wie er beide am schnellsten aus der furchtbaren Katastrophe zieht, die über sie gekommen. An zwei Dingen, so meinte das „Berliner Tageblatt“ anlässlich der Beratung unserer Interpellation im Reichstag, kann der kommende Friede herstellen, an der Ablehnung der Feinde oder an der Höhe der eigenen Ansprüche. Und diese beiden Fragen sind es wohl auch, die innerhalb der sozialdemokratischen Fraktion verschieden beantwortet werden, woraus sich die gegensätzliche Auffassung der Abgeordneten genügend erklärt. Genosse Haase, der sich während der Geschäftsaufnahmesitzung zum Vorsitzenden der jetzt schon starken Minderheit ausschwang, meinte, die Ausführungen des Kanzlers seien viel zu allgemein und unbestimmt, als daß die Gegner auf ihnen fündig zu Friedensverhandlungen geneigt sein könnten, hielt also den zweiten der obigen Punkte für das Hindernis zum ersten Schritt. Die übrigen zwei Drittel der Fraktion haben aus den Preßzimmern und sonstigen Neuheerungen aus dem feindlichen Auslande die Gewissheit entnommen, daß die Friedensbereitschaft der deutschen Regierung in diesen Ländern noch kein Echo geweckt und daß also Deutschland zur Weiterführung des Krieges gezwungen ist, will es nicht fremde Heere über seine eigenen Gauen ziehen lassen. Gewiß weiß auch die Mehrheit, daß diese Stimmen aus dem feindlichen Auslande nicht die Stimmen des Volkes sind, das unter dem Kriege leidet. Aber vorläufig hat eben das Volk, soweit es anderer Meinung ist, auch in dem demokratischen Frankreich und dem parlamentarischen England keinen so durchdringenden Einfluß, daß es die Entschlüsse seiner Regierenden ändern könnte und diese Regierungen zwingen uns den Weltkrieg auf.

Wir müssen deshalb verlangen, daß auch in diesen Ländern die Arbeiterparteien mit ähnlichen Anfragen an ihre Regierungen herantreten als wir es getan. Wenn sie ihre Ministerpräsidenten zu der gleichen Erklärung veranlaßt haben, daß sie sich vernünftigen Friedensvorschlägen nicht entziehen wollen, dann wäre für einen neutralen Vermittler der Augenblick gekommen, an beide Teile mit seinen guten Diensten heranzutreten. Das ist vorläufig noch in keinem Lande geschehen, diese Tatsache darf unsere Minder-

heit, deren beste Absichten wir im Übrigen voll anerkennen, nicht übersehen.

Auf eine schiese Ebene würden sich unsere Freunde dagegen begeben, wenn sie ihre abweichende Ansicht in der positiven Abstimmung zum Ausdruck bringen und im Reichstag selbst gegen die Genossen von der Mehrheit stimmen. Gewiß ist das noch keine Spaltung unserer festgefügten Partei. Über es ist ein höchst bedenklicher erster Schritt. Zunächst bleibt es natürlich nicht bei der Abstimmung, sondern dazu gehört die Begründung. Auch wenn sie nicht von Liebknecht oder Ledebour, sondern von Haase oder Bernstein in der sachlich einwandfreien Form gegeben wird, kann es kaum ausbleiben, daß der Kanzler oder die bürgerlichen Parteien bei ihrer Entgegnung sich auf die „bessere Einsicht“ der übrigen Sozialdemokraten berufen und so eine Debatte unter den eigenen Parteifreunden fast unvermeidlich machen. Solche Verzusungen auf den eigenen Genossen pflegen manchmal höchst beantwortet zu werden und können Anlaß zu Polemiken geben, an denen wir zwar nicht sterben, die aber weder unser Ansehen noch unseren Einfluß erhöhen.

Zum zweiten wissen wir nicht, wie schnell Mehrheit und Minderheit sich wandeln können.

Es würde den Genossen, die dann die Mehrheit bilden, doch auch nicht gerade verlockend erscheinen, daß die Genossen, unter deren Votum sie sich bisher beugten, sich selbst nicht mehr beugen brauchen. Aber auch, wenn ihnen das gleichgültig sein mag: wirksam, einflußgebend wird unsere Haltung auch dann nur sein, wenn die ganze Partei mit ihrer ganzen Autorität die neue Stellung einnimmt. Darin lag bei den bisherigen Entscheidungen der große Eindruck, darin wird er auch in Zukunft liegen.

Wir glauben also, unsere Genossen, die jetzt noch in der Minderheit sind, können im Augenblick gar nichts besseres für unsere Klasse, unser Volk und unser Land tun, als daß sie sich wie bisher der unterordnen und im übrigen ihre Reihungen zum Ausland benutzen, um die Gefinnungsfreunde in den feindlichen Ländern zu gleichen Aktionen zu veranlassen, als die sozialdemokratische Partei Deutschlands sie unternahm. Wenn wir aus dem Munde

Reichs oder Ortons dieselben Worte vernehmen als sie Weihmann-Hollweg im Reichstag sprach, dann ist mehr erreicht für den Frieden als durch eine getrennte Abstimmung, die diesen Augenblick vielleicht hinausschiebt.

### Oesterreich weist Amerika ab.

Wien, 14. Dezember. Der Minister des Äußeren ließ dem amerikanischen Botschafter eine vorläufige Antwortnote auf die amerikanische „Ancona“-Note zugehen.

Darin wird gesagt, daß die Schweiz, mit der die Bundesregierung den U-Bootkommandanten handelt, und die Einheitlichkeit ihrer Forderungen an die österreichisch-ungarische Regierung wohl genaue Angabe der tatsächlichen Umstände und des Falles hätten erwarten lassen.

Die in der besagten Note enthaltene Darstellung gebe durchaus keine genügende Handhabe, um dem Kommandanten oder der Regierung der Monarchie ein Verhältnis zur Last zu legen. Weiter werde in der Note die Angabe von Zeugen, auf deren Aussagen die Unionregierung sich beruft, und Zahl, Name und Angaben über das nächste Schicksal der an Bord der „Ancona“ sich befindlichen Amerikaner verneint.

Sodann wird gefragt, weshalb die amerikanische Regierung an Stelle einer juristischen Begründung ihrer Forderungen den Hinweis auf ihren Schlußschluß mit einer anderen anderen Regierung in einer anderen Angelegenheit setze. Die österreichisch-ungarische Regierung lehne ab, der amerikanischen Regierung auf diesem ungewöhnlichen Wege zu folgen, und gibt ihr anheim, die einzelnen Rechtsfälle, gegen welche der Kommandant der „Ancona“ verstoßen haben sollte, zu formulieren.

Sollte die Regierung der Union mit dem Hinweis auf die Haltung des Berliner Kabinetts die Meinung haben äußern wollen, als sei in der „Ancona“-Anglegenheit damit Prähilfe gegeben, so erläutert die Regierung der Monarchie, daß sie sich selbstverständlich volle Freiheit wohlt, bei einer Erörterung des „Ancona“-Falles ihre eigene Rechtsauffassung geltend zu machen.

Die Note schließt mit dem Ausdruck aufsichtigsten Bedauerns für die unschuldigen Opfer des „Ancona“-Vorfalls.

Den Wortlaut der Note, die vielleicht zum Abruch der diplomatischen Beziehungen führt, veröffentlichten wir an anderer Stelle.

## Soldatenlöhne, Verpflegung und Familienunterstützung vor der Reichstagskommission.

### die Gehälter der Offiziere

eine gründliche Reorganisation erfüllen. Die Regierung hat dem Beschluss des Reichstages, das Gehaltungsgebot der Mannschaft auf 120 Mf. pro Tag zu erhöhen, keine Folge geleistet, und gerade darin liegt die Ursache, daß jetzt Klagen in großer Menge kommen. Durch Annahme der sozialdemokratischen Anträge könnte diesem Nebelstand gestoppt werden.

Abg. Grüber (Zent.) betreibt zunächst die Frage der Familienunterstützung. Das Rentamt wollte die Erhöhung der Unterstützung an eine Einkommensgrenze von 2000 Mf. richten, die der Mann im Frieden hätte, binden. Auch dieser Redner wies darauf hin, daß die Soldaten nicht mehr in der Lage sind, mit ihrer Lohnsumme ihre Bedürfnisse bestreiten zu können. Vielfach haben Kriegerfrauen ihren Mannen Geld ins Feld gebracht, und manche Kriegerfrau hat sich die paar Groschen förmlich abzuhängen, die nötig waren, um für den Mann einige Kleinigkeiten kaufen zu können. Alles, was sich der Soldat in der Heimat kaufen mög., ist um 100 bis 200 Prozent teurer geworden; demgegenüber ist eine Erhöhung der Lohnsumme um 50 Prozent nur ein schwacher Ausgleich.

Die Truppen klagen vielfach über die Ernährung! Sie haben das Bedürfnis und sind nicht selten gezwungen, sich noch Nahrungsmittel zu kaufen. Das allein rechtfertigt die Erhöhung der Lohnsumme. Oftmals werden die Soldaten auch dadurch geschädigt, daß die Kantinen in Unternehmern verwaltet sind. So hat z. B. der Bäcker der Kantine beim Kriegsschuldenamt in Kassel es fertiggebracht, die Butter-Böschspree zu überschreiten. Die Reform der Fleischbefolbungsvorschrift ist nur eine halbe Maßregel. Redner fordert an, daß seine Partei einen umfassenden Antrag nach der Richtung hin stellen wird. Die deutschen Soldaten sind nicht im Feld, um Geld zu verdienen; man wird das auch den Offizieren nicht unterstellen dürfen und deshalb ist es notwendig, daß

Familienunterstützung muß das Beschwerderecht an eine besondere Instanz zugestanden werden. In Österreich sei die Unterstiftung weit besser geregelt; dort zahle alles der Staat. Die vom Zentrum verlangte 2000 Mf.-Grenze sei ungerecht und deshalb unannehmbar.

Staatssekretär Helfferich erklärt, daß man die österreichischen Verhältnisse nicht einfach auf Deutschland übertragen könne. Man wolle dem Reich eine neue Last von 50 Millionen Mark aufbürden, die nicht getragen werden können.

Abg. Hoch (Soz.) erkennt an, daß die erlassenen Verfassungen sehr wohlwollend gebacht, in der Praxis aber nicht brauchbar waren. Grade aus kleinhauerlichen und kleinbürglerlichen Kreisen kommen die meisten Klagen. Beamte, die eingezogen sind,

### erhalten das volle Gehalt

und dabei handele es sich oft um reiche Leute. Das mache eben die Schablone. — Redner verlangt, daß an die beurlaubten Soldaten für die Dauer des Urlaubs Verpflegungsgelder gezahlt werden sollen. Die Verpflegung im Felde sei in sehr vielen Fällen nicht genügend.

Abg. Stadler (Soz.) weist darauf hin, daß in den Briefen aus dem Felde und aus der Heimat von den Soldaten viel über die Verpflegung gesagt wird. Kein Mensch verlangt, daß man, wenn die Armee, wie in Serbien, im Vormarsch begriffen ist, den Soldaten die Nahrung auf die Stunde vorgelegt werden müsse. Wo die Möglichkeit dazu nicht besteht, wird es natürlich auch nicht verlangt. Man darf aber nicht vergessen, daß mitunter bei der Verteilung der Fleischvorräte nicht gerade einwandfrei

wird. Die Klagen, die aus der Heimat kommen, sind zu verstehen. Man darf aber nicht übersehen, daß Leute, die 12—14 Stunden Dienst tun müssen, eine bessere Verpflegung brauchen, als sie vielleicht im Zivilleben vorhanden war. Vielleicht wäre es angebracht, den Mannschaften eine größere Brotration zu geben. Redner fordert noch einmal die Festsetzung des Verpflegungsgeldes auf 120 Mf. pro Tag und schließt sich der Forderung an, den Urlaubern Verpflegungsgelder zu bezahlen. Man solle über die Stimmung der Mannschaften sich keiner Illusion hingeben und alles tun, um Beschwerden abzuwehren.

Kriegsminister v. Wandt erklärt die Stimmung der Truppen als ausgezeichnet. Die Verpflegung sei völlig ausreichend.

Eine Erhöhung der Lohnsumme wäre absolut unnötig. Die Kriegsabteilung reichte vielmehr vollständig aus. Ungefähr die Hälfte gäbe es eben überall, also auch in der Kaserne. Es sei ebenfalls

besser, wenn man die Familien höher unterstützen. Das Kriegsministerium habe bereits eine Verordnung fertiggestellt, durch welche den Urlaubern das Belegschaftsgeld für die Zeit ihres Urlaubs bereits beim Antritt der Urlaubsreise bezahlt wird. Wenn bei der Ausbildung der Truppen Dienstunfähig werden, ohne daß eine Dienstbeschädigung vorliegt, dann ist sehr schon die Möglichkeit geboten, unterstehend einzutreten. Die Erhöhung des Belegschaftsgeldes auf 1,20 M. pro Tag wäre zum Teil hinausgeworfenes Geld.

General v. Dorn erklärt, daß zu dem Belegschaftsgeld von 80 Pf. Zusätze gegeben werden. Wo die Belegschaft der Mannschaft in eigener Regie erfolgt, sind sogar Überzüsse erzielt worden.

#### Die Verteilung reiche vollständig aus.

Den Vororten in Kassel soll nachgegangen werden. Die gesamte Belegschaft durch den Truppenteil selbst sei nicht überall durchzuführen.

Abg. v. Gasser (Natl.) schildert die Erfahrungen, die er als Kommandeur eines Groß-Bataillons gemacht habe. Die Belegschaft sei gut, vielleicht seien allerdings die Geschmäler verschieden. Dem Rechnung zu tragen, sei nicht möglich. Mit Erhöhung der Mannschaftslösung erreiche man gar nichts.

Abg. Stadthagen (Soz.) bespricht die Familienversorgung. Das Gesetz gebe jetzt keine Handhabe, die Gemeinden zu zwingen, Unterstützung zu leisten. Der Begriff der Bedürftigkeit müsse aus dem Gesetz heraus. Die Summen, die für eine Verbesserung erforderlich sind, dürften nicht schreiten. Je älter die Eingezeichneten sind, um so höher wird die Zahl derer, die auf Unterstützung Anspruch erheben können. Redner schildert, daß man einer Kleinbesitzersfrau, die Unterstützung forderte, den Rat gegeben habe, ihre beiden Kühe zu schlachten; dies bedürftig im Sinne des Gesetzes wollte man sie nicht ansehen. Eine Beschwerdestanz ist nötig, da nur dann, wenn diese Instanz entschieden hat, ist auch eine Zwangsausführung bei der Gemeinde möglich.

Abg. Roland-Eckel (Natl.) rechtfertigt die ablehnende Haltung des Schatzkretärs. Die Finanzen des Reiches müssen geschont werden. Die Aufbesserung würde allein 900 Millionen im Jahre kosten.

Abg. Neumann-Hoser (Soz.) bespricht den Unterschied zwischen der Mannschafts- und der Offiziersbefriedung. Er meint, es wäre vielleicht besser, die Kriegsbeleidigungsordnung ganz zu befehlen und einfach die Friedensgehälter zu bezahlen. Das Prinzip sei völlig falsch, dem Offizier im Kriege mehr zu geben als wie im Frieden. Die Belegschaft der Mannschaften sei gut.

Abg. Graf Westarp (cons.) macht den Vorschlag, alle Anträge als Material zu überweisen.

Abg. Krebs (cons.): Die Belegschaft im Felde ist ausgezeichnet. Ihm habe ein Landwirtmann versichert, daß es ihm im ganzen Leben noch nie so gut gegangen sei.

Dass die Offiziere gut bezahlt werden, ist deshalb berechtigt, weil sie einen doppelten Haushalt führen müssen. Die Erhöhung

der Mannschaftslösung könne man nicht durch Ersparnis bedenken. Es ist keinem Mensche von Sinn gegenwärtig, moralische Erziehungen zu machen; ein Bestreben, das nicht im mindesten Zweck habe.

Abg. Giesberts (frz.) tritt für allgemeine Selbstbedienung bei den Truppen ein. Die Verwalter der Lebensmittelvorräte müssen in die Möglichkeit versetzt werden, mehr Brot zu geben, wenn solches verlangt wird.

Abg. Bauer (Soz.): Ein Einkommen von 2000 Mark ist für ländliche Bevölkerung ziemlich hoch, in den Städten liegen die Dinge aber anders. Es geht in unser Rechtssystem nicht hinein, daß man einen Rechtsanwalt schafft, aber eine Beschwerdeeinrichtung verzweigt. In einem Falle ist einer schwangeren Frau vom Vermögensversteher die Unterstützung verweigert worden mit dem Hinweis darauf, daß sie arbeiten solle. Bei der Behandlung der Verwundeten ist zu bedauern, daß man Leute, deren Wiederherstellung ausgeschlossen ist, nicht aus dem Heereverband entläßt. Es müßte direkt verboten werden, daß bei der Belegschaft der Mannschaften Ersparnisse gemacht werden. Die Fälle sind sehr häufig, daß Mannschaften, die im Heere ihre Gesundheit erhielten, nicht erhalten, weil keine Dienstbeschädigung vorliegt. Nach dieser Richtung hin muß das Gesetz geändert werden. Der Begriff "Dienstbeschädigung" wird vielfach viel zu eng ausgelegt. Auch der Unterschied zwischen Dienstbeschädigung und Kriegsdienstbeschädigung müßte in Wegefallen kommen. Dringend nötig ist, daß man auch den unehelichen Kindern den Anspruch auf Renten zugestellt.

Abg. Gothein: Die Klagen des Vorredners sind berechtigt. Der Ausland ist unhaltbar, daß eine einzige Instanz darüber entscheidet, ob die Wehrunterstützung bezahlt werden soll oder nicht. Gegen einen abweisenden Bescheid ist so gut wie nichts zu machen. Das widerspricht dem Rechtsempfinden des Volkes, deshalb muß eine Beschwerdeinstanz geschaffen werden, die sachverständig entscheiden kann. Am besten wäre es, schon bei Stellung des Antrages eine Kommission entscheiden zu lassen, in der alle am Orte vorhandenen Parteien vertreten sind. Mindestens aber müßte für jeden Regierungsbüro eine Berufungsinstanz eingerichtet werden.

Abg. Gruberger stellt fest, daß die Mehrausgaben für die beantragte Erhöhung der Belegschaftslösung pro Monat 45 Millionen Mark in Anspruch nehmen würde. Die Anträge der Kontrabanten auf Zuschüsse zur Beschaffung billiger Lebensmittel würden dagegen einige Hundert Millionen Mark erfordern, deshalb sind die Einwände, die gegen die Erhöhung der Mannschaftslösung gemacht werden, durchaus nicht richtig.

Die Diskussion wendet sich dann wieder den sozialpolitischen Anträgen zu.

Abg. Bauer (Soz.) begründet die von den Sozialdemokraten beantragte Erhöhung der Belegschaftslösung und die Ausdehnung des Kreises der Berechtigten. Redner zeigt, welche Schwierigkeiten sich gerade auf diesem Gebiet ergeben haben. In Zweifelsfällen verweist man die Interessenten immer an die Krankenkassen, die aber nur dann eine Bezahlung leisten können, wenn sie die Gewalt für den Erfolg haben.

Schließlich wurden alle Anträge, die zur Familienunterstützung gestellt sind, einer Unterkommission von sieben Mitgliedern überwiesen.

Es wurde dann ein von allen Parteien gestellter Antrag zur Abstimmung der Altersgrenze für den Bezug der Altersrente beraten. Ministerialdirektor Gadsche stützt sich auf die in der Deutschen Presse angegebenen ablehnenden Gründe und erklärt, der Bundesrat dürfte einer solchen Änderung des Gesetzes kaum zustimmen.

Dieser Ansicht schloß sich auch Staatssekretär Helfferich an. Die Annahme des Antrags in der Kommission ist gesichert. Die Beratung geht weiter. Über die Runde Mollenbusch zu dieser Sache werden wir morgen berichten.

(Vorläufiger Bericht.)

Berlin, 15. Dezember. Der Hauptausschuß des Reichstages siedelt über eine Reihe von Anträgen Beschlüsse. Die Förderung der sozialdemokratischen Resolution auf Belebung von Hochpreisen für Gemüse und Obst, Konserve und Marke wurde angenommen, ebenso die Förderung der Herabsetzung der Industriehöchstpreise und eine Preiserhöhung für Fuhrzucker.

Abg. Gieseckt wurde die sozialdemokratische Forderung auf Einführung von Fleisch- und Fettarten angenommen, dagegen die Forderung nach Höchstpreisen für Buttermittel.

Die in einer Rentenwirtschaftsresolution erhobene Forderung auf gerechte Verteilung der Buttermittel nach dem Viehbestande wurde angenommen, ebenso die weitere Forderung nach Fürsorge für den Elterbedarf der Kranken und Kinder, etwa durch Errichtung einer Sammelstelle.

Eine konservative Resolution, die der Verteilung von Benzoleum zuvorzugehen, in denen keine Möglichkeit besteht, elektrisches Licht zu benutzen, sowie für die Landwirtschaftlichen und gewerblichen Motoren austauschenden Brennstoff zur Verfügung zu stellen, wurde angenommen. Auch die weiteren Resolutionen, die sich auf Förderung der Viehzucht, Verdünnung wichtiger Lebensmittel usw. beziehen, wurden angenommen.

Alle Anträge betreffend die Maßnahmen zur Sicherung der Russlandschlager als Material.

Angenommen wurde der Antrag, die Altersgrenze für die Altersrente von 70 auf 65 Jahre herabzusetzen. Die vorliegenden Petitionen wurden als Material überwiesen. (Nächster Bericht folgt.)

# Rückzug bis Saloniki.

## Rückzug bis Saloniki.

Über den weiteren Rückzug des englisch-französischen Hilfskorps meldet Reuters Bureau aus Saloniki:

Der eigentliche Rückzug der englisch-französischen Streitkräfte ist nunmehr ganz nach Wunsch der Besatzhaber beendet. Die Zurückziehung der britischen Truppen aus dem Gebiete zwischen Saloniki und Doiran nach Saloniki selbst hat heute begonnen.

Der größte Teil der in Saloniki stationierten griechischen Truppen zieht in der Richtung von Larissa und Koziak ab. Fast ganz Okt.-Mazedonien ist den Verbündeten zur freien Verfügung überlassen.

Während also die Griechen den zukünftigen Kampfplatz freigeben und ihre Truppen zurückziehen, erscheint es noch fraglich, ob die Bulgaren den Verbündeten nach Griechenland folgen. Die Nachrichten darüber widersprechen sich. Reuter meldet aus Italien:

Telegramm aus Saloniki an römische Blätter besagen, daß die Bulgaren und Deutschen nach der Bezeichnung von Serghell auf griechisches Gebiet vordringen und.

In einem gewissen Gegenzug zu dieser Behauptung steht nachstehendes W. T. B.-Telegramm aus Sofia:

Sofia, 15. Dezember. Der Arbeitsminister Pellow hat einem Vertreter des Blattes "Wiro" erklärt: Unser Ziel ist erreicht, Mazedonien ist befreit. Kein serbischer, englischer oder französischer Soldat befindet sich mehr dort. Da unsere Armee die Engländer und Franzosen auf griechischem Gebiet verfolgen wird? Wir meinen, daß wir auf griechischem Gebiet nichts zu suchen haben. Selbstverständlich können wir uns nicht sicher fühlen, so lange in der Nähe der Grenze der Feind lautet. Darum stehen wir auf dem Standpunkt, die Engländer und die Franzosen müssen Griechenland verlassen, ob in Güte oder mit Gewalt, darüber werden die verbündeten Mittelmächte beschließen.

Demnach läge es bisher nicht in bulgarischer Absicht, nach Griechenland hinzuzutreten. Über die Kämpfe in Makedonien liegen noch folgende Einzelmeldungen vor:

Sofia, 15. Dezember. Daily Telegraph meldet aus Rom: Nach letzten Wiedungen aus Athen und Saloniki waren die Engländer bei Doiran in kritischer Lage, da sie fast durch den Feind umzingelt wurden. Nur durch einen verzweifelten Gegenangriff konnten sie die Bulgaren zurückdrängen. Die Bulgaren organisierten das von ihnen erobernte Gebiet. Sie teilten es in drei Provinzen, deren jede einem Gouverneur untersteht. In Ruth werden bulgarische Postämter, Schulen und Kirchen und Zeitschriften gegründet, alle Ladentafeln und Straßennamen sind bulgarisch.

## Saloniki von den Griechen preisgegeben.

Paris, 15. Dezember. Telegramm telegraphiert aus Saloniki: Nach Zugänge von Doiran geben sich die Engländer im unteren Didymos und die östliche zweite Doiran und führen Frieden. Das gesamte englisch-französische Heer kehrt auf griechischem Gebiet zwischen Larissa und Central-Graecia in seine Bälle zurück, in der Hoffnung, die Bulgaren zu besiegen. Die Griechen haben nicht angelaufen, sonst wären sie nicht in allen Punkten nach

gegeben und insbesondere bereits begonnen, Saloniki und die Gebiete der voraussichtlich anstürzigen Kämpfe zu räumen. In Saloniki bleibt nur eine Division zurück, die ebenfalls die Stadt verlassen wird, wenn die Bulgaren die griechische Grenze überschreiten werden. Zum Zeichen der griechischen Souveränität wird nur ein griechisches Bataillon in der Stadt zurückbleiben. Die Griechen räumen Toplu, das von den Engländern besetzt wurde.

## Eine Ansprache an Griechenland.

Bern, 15. Dezember. Der "Tempo" bespricht in einem Artikel die Saloniki-Krise und führt aus: Der große mazedonische Hafen ist nicht nur der Ausgangspunkt der Hilfsexpedition, sondern auch ein Feld des Schachbretts des europäischen Krieges. Die Alliierten werden dort eine Figur anstellen, die eine wichtige Rolle in den Unternehmungen von Epirus bis Bagdad zu spielen hat. Die Einigung mit Griechenland ermöglicht den alliierten Streitkräften die Verteidigung einzurichten und sich auf eine Belagerung vorzubereiten. Neben die künftigen Operationen heißt es: König Konstantin verpflichtet sich, sie nicht zu hindern. Andererseits ist er entschlossen, sich nicht zu schlagen, und zieht deshalb um jeden Konflikt zu vermeiden seine Truppen aus dem zukünftigen Kampfgebiet zurück. Er überläßt uns die Verteidigung Salonikis und läßt nur eine Division in der Stadt zurück, einzig zu dem Zwecke, daß der Hafen nicht ausgeholt habe, griechisch zu sein. Die Division hat den Befehl, nicht am Kampfe teilzunehmen. Der Artikel will den Griechen vor Augen führen, was sie zu verlieren im Begegnen sind und gibt deutlich zu erkennen, daß er weit mehr erwartet.

Die Regierungsmänner fordern durch die kommenden Wahlen, fährt der Artikel fort, die Billigung einer Politik, die Griechenland in die dunklen Stunden seiner Geschichte zurückführt. Wird die Entzugsung, die der deutsche Einfluß den gegenwärtigen Herren der griechischen Seidide auferlegt, auch dem Schauspiel widerstehen, das die Tätigkeit der Alliierten in Saloniki bieten wird? Werden sie nicht erkennen, daß der Entsatz der Alliierten einen größeren Schutz bietet als die Bürgschaften Kaiser Wilhelms und Königs Ferdinand? Man weiß doch in Athen aus Erfahrung, daß die Einhaltung solcher positiven Verpflichtungen immer Ende der Auslegung sein kann und daß die Kaiserliche unchristliche Quellen hat. Wir können nicht voraussehen, mit welchen Empfindungen das griechische Volk einem Kampfe auf seinem Gebiete zuschauen wird und ob es nicht das Bedürfnis fühlen wird, sich trotz des Willens des Königs zu verteidigen. Begegnen Griechenland und Rumänien endgültigen Entschlüssen dürfen wir den Balkan nicht dem Deutschen und Bulgaren ausliefern. Ägypten, Juden und eine islamische Erhebung — darauf zielt der deutsche Plan hin. Auf diesem Wege ist Saloniki eine Stütze.

## Die Enttäuschten.

Genf, 15. Dezember. Broschüren dem Ministerpräsidenten Grand und Clemenceau, dem Präsidenten der Senatskommission für auswärtige Angelegenheiten, somit während der gestrigen Sitzung zu einer unsozialen heiligen Auseinandersetzung wegen des mißglückten Balkankriegs zugetragen. Grand verließ vorsätzlich das Sitzungszimmer.

Oberst Roussel vom "Petit Parisien" sieht im Gegenzug zu den offiziellen Berichten die Lage in Saloniki als äußerst bedrohend an. Sehr stark ist Clemenceau im "Hommage": Der Beroberband habe über sein Verbleiben in Saloniki gute Absichten, aber keine Mittel. Selbst wenn Griechenland den Distrikte räume, welche Kartätsch seine Zeit, sein Lager zu befestigen, weil Galli ist am Bergzug sonst Anerkennung durch durchbare Schwellen nicht verträgt. Galli sagt im "Petit Parisien" Clemenceau wohl zu, was die besten Verteidigungen im Stile denken. Aber Saloniki sollte nicht aufgegeben werden, weil dadurch 250.000 französische Soldaten verloren wären, sowie jenen nämlich nach Albanien geflüchtet.

## Das neue türkische Heer.

Paris, 15. Dezember. Die letzte Nummer des "Tempo" veröffentlicht folgenden Bericht ihres Spezialberichterstatters: Die Türkei wird in nächster Zeit über eine Streitmacht von zwei Millionen Mann verfügen. Die eigentliche Tätigkeit der türkischen Armee werde sehr rasch mit voller Kraft eingesetzt.

Es wurde dann ein von allen Parteien gestellter Antrag zur Abstimmung der Altersgrenze für den Bezug der Altersrente beraten. Ministerialdirektor Gadsche stützt sich auf die in der Deutschen Presse angegebenen ablehnenden Gründe und erklärt, der Bundesrat dürfte einer solchen Änderung des Gesetzes kaum zustimmen.

Dieser Ansicht schloß sich auch Staatssekretär Helfferich an. Die Annahme des Antrags in der Kommission ist gesichert. Die Beratung geht weiter. Über die Runde Mollenbusch zu dieser Sache werden wir morgen berichten.

(Vorläufiger Bericht.)

Berlin, 15. Dezember. Der Hauptausschuß des Reichstages siedelt über eine Reihe von Anträgen Beschlüsse. Die Förderung der sozialdemokratischen Resolution auf Belebung von Hochpreisen für Gemüse und Obst, Konserve und Marke wurde angenommen, ebenso die Förderung der Herabsetzung der Industriehöchstpreise und eine Preiserhöhung für Fuhrzucker.

Abg. Gieseckt wurde die sozialdemokratische Forderung auf Einführung von Fleisch- und Fettarten angenommen, dagegen die Forderung nach Höchstpreisen für Buttermittel.

Die in einer Rentenwirtschaftsresolution erhobene Forderung auf gerechte Verteilung der Buttermittel nach dem Viehbestande wurde angenommen, ebenso die weitere Forderung nach Fürsorge für den Elterbedarf der Kranken und Kinder, etwa durch Errichtung einer Sammelstelle.

Abg. Gothein: Die Klagen des Vorredners sind berechtigt. Der Ausland ist unhaltbar, daß eine einzige Instanz darüber entscheidet, ob die Wehrunterstützung bezahlt werden soll oder nicht. Gegen einen abweisenden Bescheid ist so gut wie nichts zu machen. Das widerspricht dem Rechtsgefühl des Volkes, deshalb muss eine Beschwerdeinstanz geschaffen werden, die sachverständig entscheiden kann. Am besten wäre es, schon bei Stellung des Antrages eine Kommission entscheiden zu lassen, in der alle am Orte vorhandenen Parteien vertreten sind. Mindestens aber müßte für jeden Regierungsbüro eine Berufungsinstanz eingerichtet werden.

Abg. Gruberger stellt fest, daß die Mehrausgaben für die beantragte Erhöhung der Belegschaftslösung pro Monat 45 Millionen Mark in Anspruch nehmen würde. Die Anträge der Kontrabanten auf Zuschüsse zur Beschaffung billiger Lebensmittel würden dagegen einige Hundert Millionen Mark erfordern, deshalb sind die Einwände, die gegen die Erhöhung der Mannschaftslösung gemacht werden, durchaus nicht richtig.

Die Diskussion wendet sich dann wieder den sozialpolitischen Anträgen zu.

Abg. Bauer (Soz.) begründet die von den Sozialdemokraten beantragte Erhöhung der Belegschaftslösung und die Ausdehnung des Kreises der Berechtigten. Redner zeigt, welche Schwierigkeiten sich gerade auf diesem Gebiet ergeben haben. In Zweifelsfällen verweist man die Interessenten immer an die Krankenkassen, die aber nur dann eine Bezahlung leisten können, wenn sie die Gewalt für den Erfolg haben.

Schließlich wurden alle Anträge, die zur Familienunterstützung gestellt sind, einer Unterkommission von sieben Mitgliedern überwiesen.

## Der deutsche Tagesbericht.

Deutsches Hauptquartier, 15. Dezember. (Amtlich.)

### Westlicher Kriegsschauplatz.

An der Front hat sich nichts von besonderer Wichtigkeit ereignet.

Ein am 12. Dezember auf der Höhe von La Paune auf Grund geratener englischer Dampfer wurde gestern von unseren Fliegern mit bestachelter Erfolge angegriffen.

Der Feind, der mehrere Flugzeugabwürfe gegen Bayonne, Perronne, nach Lothringen und auf Mühlheim (Württemberg) angelegt hatte, blieb im Luftkampf oder durch Feuer unserer Abwehrgeschütze vier Flugzeuge, darunter ein Großflugzeug mit zwei Motoren ein.

### Ostlicher Kriegsschauplatz.

Nichts Neues.

### Südwestlicher Kriegsschauplatz.

Südwestlich von Pleven ist der Feind über die Tora und weiter östlich über die Linie Grab-Drodorevo zurückgeworfen. Mehrere hundert Mann wurden gefangen genommen.

Oberste Heeresleitung.

## Der österreichische Bericht.

Wien, 15. Dezember. (Amtlich.)

### Russ



## **Stadt-Theater.**

Donnerstag 8 Uhr: 7140  
"Hans Pärmeling und der Menschenfresser".  
Freitag 7½ Uhr:  
**Gastspiel Josef Schwarz**  
von der Königlichen Holzoper, Berlin  
"Ein Maskenball".  
Sonnabend 7 Uhr:  
"Die Puppenfee".  
Oder:  
"Das Regimentstochter".

## **Lobe-Theater.**

Donnerstag 8 Uhr:  
"Der Weibstreit".  
Freitag 8 Uhr: 7140  
"Die verlunkene Blöcke".

## **Thalia-Theater.**

Donnerstag 8 Uhr, Gruppe J:  
"Die Kinder der Gejellen".  
Freitag 8 Uhr, Gruppe G: 7122  
"Iphigente".

## **Schauspielhaus**

Operetten-Kino. Tel. 2545  
Donnerstag 8 Uhr:  
"Wiener lust".  
Freitag 8 Uhr: 7158  
"Jung muss man sein!".  
Sonnabend 8 Uhr:  
Mit neuer Ausstattung  
zum 1. Mal:  
"Wenn zwei Hochzeit  
machen".

12 Pf. Reformier u. d. Dösch 12 Pf.  
der Breslauer Union-Brauerei. (670)

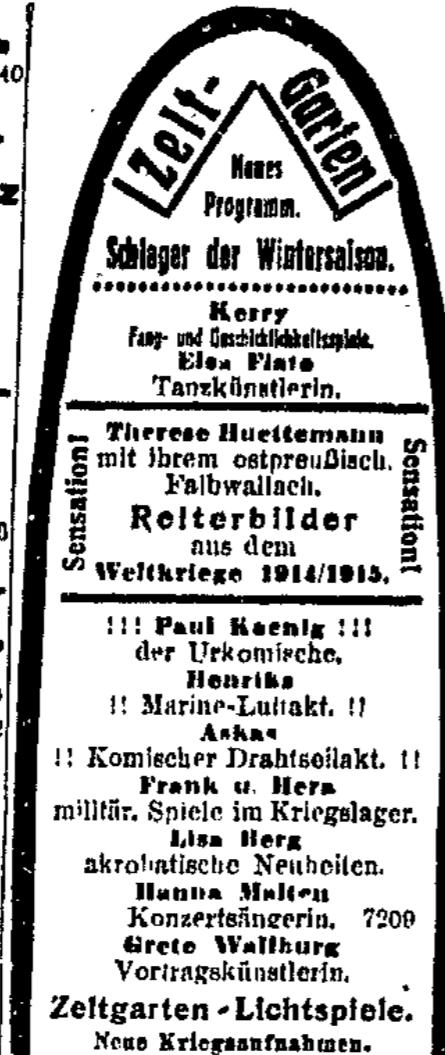
## **Biebich**

### Theater

Täglich 8 Uhr  
Margherita's  
elektr. Wundergarten  
Jülich mit Rekruten  
Salerno Weltmeister  
der Jonglierkunst  
Mia Werber  
Parisal-Quartett  
www. www. 7161

## **Viktoria-Theater**

Tägl. 8 Uhr die Schlager-Posse:  
"Heiratsfeier".



## **Deutscher Holzarbeiter-Verband**

Zahlstelle Breslau, Margaretenstr. 17, III.

Achtung! Kriegerfrauen! Achtung!

Wir geben bekannt, daß den Frauen der zum Heeresdienst eingezogenen Mitglieder, sofern sie 52 Wochenbeiträge entrichtet haben, auch dieses Mal eine

## **Weihnachts-Unterstützung**

von 6 Mark verabschiedet wird.

Die Auszahlung erfolgt nach dem Anfangsbuchstaben des Namens:

Von **A-J** am Montag, den 20. Dezember

**K-Q** Dienstag, " 21.

**R-Z** Mittwoch, " 22.

in der Zeit von **10-12 Uhr** vormittags, sowie von **4-6 Uhr** nachmittags in unserem Büro

Margaretenstr. 17, III., Zimmer 63.

Das Wehrbuch ist unbedingt mitzubringen. An Kinder kann die Auszahlung nicht erfolgen.

Gleichzeitig den Mitgliedern zur Kenntnis, daß das Büro am Freitag, den 24. Dezember, von 1 Uhr mittags an geschlossen ist.

7220 Die Lokalverwaltung.

**Meine Liebe Mama** kaufen mir doch zu Weihnachten wieder eine Schachtel Geschenke bei der Kürm... 663

**Otto Misch** Breslau, Kupferschmiedestraße 47.

**Gold-Herren- u. Damen-Uhren** ref. Lux, Leihau, Altbürostr. 17, I. 6737

**Grammophon u. tan. gel. Aufdr. m. Pr. O. u. z. P. 190 a. d. Opt. v. 3. 7225**

**Verkaufshaus, bill. Möbel** Schrank, Kommod., Bettstellen, Sofas, Stühle, Küchen-Möbel, Federbetten

Friedrichstraße 17, vor. 7219

**Arbeiter-Frauen** berücksichtigt bei Euren Einkäufen steigt die

**Inserenten der Volkswacht**.

7220

**Provinz-Bezugsquellen-Verzeichnis.**

## **Angelschellfisch**

**billig!**

**Prima Angelschellfisch** . . . Pfund **59** Pfg.

**Portions-Schellfisch** . . . Pfund **59** Pfg.

**Bratschellfisch** . . . Pfund **47** Pfg.

**Cabliau** im Schnitt . . . Pfund **69** Pfg.

**Angelschellfisch** im Schnitt . . . Pfund **69** Pfg.

**Seeforellen** . . . Pfund **50** Pfg.

**Heilbutt** . . . Pfund **78** Pfg.

**Nordsee** nur Schmiedebrücke 19 7208

**Nordsee** nur Neue Schweidnitzerstr. 5a.

## **Arbeiter-Sekretariat — Feldpost-Schreibstube — Zentral-Bibliothek.**

Das Arbeiter-Sekretariat befindet sich im Gewerkschaftshaus, 2 Treppen, Zimmer 82. Sprechstunden vormittags von 11 bis 1 Uhr, nachmittags von 5½ bis 7½ Uhr. Sonnabend nachmittags geschlossen.

Die Feldpost-Schreibstube ist im Zimmer 85 des Gewerkschaftshauses, 2 Treppen und geöffnet vormittags von 9 bis 12 Uhr und nachmittags von 4 bis 5½ Uhr. Sonnabend nachmittags bleibt die Schreibstube ebenfalls geschlossen.

Wir bitten die Besucher, die Sprechstunden genau zu beachten. Bei dem Mangel an Angestellten in den Büros muß die übrige Zeit für die schriftlichen Arbeiten verwendet werden.

Die Zentral-Bibliothek ist im Zimmer 69 des Gewerkschaftshauses, 3 Treppen. Ausgabe der Bücher nur Montag und Donnerstag, nachmittags von 6 bis 8 Uhr, Dienstag von 6 bis 9 Uhr.

## **Kriegsberichte**

aus Ostpreußen und Rußland.

Preis 1.00 M.

Zu bezahlen durch die Expedition und die Kolportage.

Den Lesern bei Gläsern empfohlen.

Er scheint dreimal wöchentlich.

**Brieg**

Arbeiter-Konfektion.  
Reinhardt, 2. Oppelnstr. 23. Dir. Kretsch.  
Röder, 2. Oppelnstr. 1.

Bierbrauerei.  
Brieger Stadtbrauerei 2. 65.

Bürgerliches Brauhaus. C. G. m. b. H.

Bierverlag.  
Brieg. Gläser, Langstraße 20.

Destillation, Weinhandlung.  
Gaud. Gläser, Langstraße 18.

Fahrräder u. Nähmaschinen.  
Gaud. Gläser, Oppelnstr. 8. Kretsch. 65.

Fleischerei u. Wurstfabrik.  
Gaud. Gläser, Paul-Eysenstr. 6.

Holz- u. Kohlenhandlung.  
Triller, Carl, Friedländerstraße 55.

Hüte, Mützen, Pelzwaren.  
Röder, 2. Röder, 11/12. Schub.

Kaufhäuser.

**Bach, Arth.**, Ring 30.

Kinderwaren, Kerbwaren u. Bürgenwaren.

Pohl, Walter, Röder, Friedländerstraße 29.

Kork-, Weiss- u. Wollwaren.  
Gaud. Röder, 2. Röder, 27.

Höbel- u. Sarg-Marzin.  
Zehnert, Christian, Langstraße 16/17.

Naturheiler, Nararaine, Käse.  
Kretsch. Carl, Friedländerstraße 34.

Pfefferküchlerei.  
Kretsch. Carl, Friedländerstraße 22.

Pelzerei.

Reiner, Christian, Langstraße 12.

Restaurant.

Gaud. Gläser, Friedländerstraße 24.

Schuhwaren u. Schuhmacher.  
Gaud. Gaud. 2. Gaud. 27.

## Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 18. Dezember.

### Wo zu sind die Lebensmittelläden?

Mit den zehnten Brotmärkten werden jetzt auch die neuen Lebensmittelläden und Lebensmittelmarken ausgegeben. "Was soll ich denn mit dieser neuen gelben Karte und den neuen Marken?" fragen manche Frauen. Sie wissen gar nicht, was sie damit anfangen sollen. Eigentlich müsste und könnte jede Haushalt darüber informieren.

Der Magistrat hat in einer langen Bekanntmachung und Erklärung dazu (abgedruckt in der Freitag-Nachricht) ausführlich gesagt, wozu die neuen Lebensmittelläden und -marken genutzt werden. Aus den Vorräten der Stadt sollen Lebensmittel verkauft werden, was mit Sicherheit die ganze Zeit hindurch verlangt wurde und auch hier und wieder schon geschahen ist. Damit nun jeder Haushalt etwas bekommt, vor allem die minderwertigsten, gibt jetzt der Magistrat Lebensmittelläden und -marken aus, ähnlich den Brotmarken und Brotmärkten für das Einkauf von Mehl, Brot und Semmeln.

Mit den neuen Lebensmittelläden und -marken soll also die nächste Ordnung in den Verkauf der städtischen Lebensmittel gebracht werden. Das ist nur dankbar anzuerkennen, und gerade die Frauen sollten den Magistrat darin sehr stolz machen.

Die neuen Lebensmittelläden und -marken müssen in jedem Haushalt gut aufbewahrt werden, ebenso wie die Brotmärkte. Zumindest, den 18. Dezember, werden sie zum ersten Mal gebraucht, und zwar beim Verkauf von Schmalz, den der Magistrat vorher Woche angekündigt hat. Gegen die Lebensmittelmarke Nr. 1 gilt es ein Pfund Schmalz, gegen die Lebensmittelmarke Nr. 2 ein halbes Pfund. Selbstverständlich muss auch das nächste Geld gezahlt werden; aber die Leidenden müssen sorgen dafür, dass jeder etwas bekommt und Niemand leer nach Hause gehen braucht.

Alles Nähere über den süßsaurigen Schmalzverkauf wird der Magistrat noch bekannt geben. Wir möchten dabei den Frauen überhaupt dringend empfehlen, recht genau die "Volkswacht" zu verfolgen und die Bekanntmachungen zu lesen, die besonders für sie und ihren Haushalt so überaus wichtig sind. Dann werden sie stets wissen, was sie tun sollen oder nicht.

### Die Stadtverordnetenwahl der ersten Abteilung.

Die Ergänzungswahl der ersten Abteilung war Mittwoch nachmittag im Sitzungssaal der Stadtverordnetenversammlung. Gewählt wurden; auf drei Jahre Architekt Alvin Wedemann (liberal), auf 1 Jahr Rentner und Hausbesitzer Theodor Richter (liberal), Professor Dr. Karl Benatzky, Oberlehrer an der Oberrealschule (liberal). Die Zahl der Wahlberechtigten betrug 735. Abgegeben wurden 60 Stimmen, die alle auf die Gewählten gingen.

### Kriegsweisenrente an uneheliche Kinder.

Die unehelichen Kinder bekommen wohl laut Gesetz dieselbe Kriegsunterstützung, wie die ehelichen Kinder, wenn der Vater im Felde steht. Fällt er aber, so erhält nur das eheliche oder legitimisierte Kind eine Weisenrente, das uneheliche Kind leider nicht. Das ist sehr unrecht, und man sollte das Gesetz sofort ändern. Derzeitige Ansicht ist auch das Recht deutscher Verfassungsvor-

vor einem Jahre.

15. Dezember: Die Russen in ganz Polen zum Rückzug gezwungen. Schlesien und Westen außer Gefahr. Beschießung von Scarborough und Hartlepool durch deutsche Hochseeflotte. Zwei englische Torpedobootszerstörer versenkt.

### Aus aller Welt.

#### Ein Trintgelderslandal in der Schweiz.

In Bern hat das Zentralkomitee der schweizerischen Landesausstellung von 1914 aus dem Neingewinn von rund 100.000 Franken seinen drei Mitgliedern Dr. Moeller, Regierungsrat des Kantons Bern, eine "Gratifikation" von 30.000 Fr., dem Nationalrat Kreuzer, dem Stadtpresidenten und Ständerat Steiger je 10.000 Fr. bewilligt, d. h. reichen Herren zusammen also 50.000 Franken, obwohl ersterer sowieso als Präsident des Direktionskomitees eine Jahresbezahlung von 4000 Fr. Steiger eine solche von 2000 Fr. hatte. Die "Berner Tagwacht" hat den Trintgelderslandal mit mit dem Erfolg, dass die reichen Trintgeldersherren sich freuen können auf die 50.000 Fr. verzichten, die jetzt zur Unterstützung der vielen Notleidenden in der Stadt Bern verwendet werden können.

**Herabsetzung von Höchstpreisen.** Der Magistrat von Berlin hat laut Morgenblättern in Bezug auf die gesetzlichen Bestimmungen für einige Fleischwaren, besonders für Wurst, Höchstpreise angeordnet, die gegenüber der schon in vorheriger Woche eingereichten ersten Vorschlagsliste durchschnittlich um zehn Pfennige das Pfund ermäßigt sind.

**Grenzkontrolle unzulässiger Personen vom Handel.** Auf Grund der bekannten Bundesratsverordnung hat das Königliche Bezirksamt in Bogen, wie amtlich bekanntgegeben wird, den Kindern Johann Gemann in Denzell und Faber Schick in Semmersdorf, sowie den Höchstländern Franziska Meine in Wieser in Zelling und Anna Strut in Konzell wegen nachgewiesener Unzulässigkeit in Bezug auf den Handel mit Eltern den Handel mit diesem Rohstoffmittel untersagt.

**Größenangabe des Minnen-Hannover-Kanals.** In aller Stille wurde am Dienstag der Betrieb auf dem Minder-Hannover-Kanal fortgesetzt. Damit ist das große Werk des Heinrich-Hannover-Kanals vollendet.

**Gußmühlen in Bergneustadt.** Als Erfolg für die immer stärker werdenden Mietmünzen sind in Luxemburg, in Belgien, gelegentliche Gußmünzen in Umlauf gesetzt worden.

mündet G. V. in Frankfurt a. M., das folgende Eingabe an den Reichstag gerichtet hat:

"An den hohen Reichstag richtet die unterzeichneten Bevölkerung, Vereine und Einzelpersonen die ergebene Bitte, bei der Aenderung des Militär-Gesetzes Leben eines Kindes überall, wo von dem ehelichen oder legitimisierten Kindern die Liebe ist, den Zusatz „ehelich“ oder „legitimiert“ anzustellen.

### Ein gutes Buch ist stets ein passendes Weihnachtsgeschenk.

Während fast jedes andere Geschenk nach kurzer Zeit seinen besten Wert verliert, behält ein Buch stets seinen inneren Wert. Ja, gute Bücher erhalten durch älteres Leben einen immer höheren Wert. Die Volkswacht-Buchhandlung hat eine große Auswahl von guten, gediegenen Büchern für Jung und Alt. Wer also zum Weihnachtsfest sei Angehörigen durch ein gutes Buch erfreuen will, der gehe in die Buchhandlung der "Volkswacht", die auch am Sonntag, den 19. Dezember, nachmittags von 1 bis 5 Uhr, geöffnet ist und suche sich etwas Gediegernes aus.

Zu der denkwürdigen Stunde des Reichstages vom 1. August 1914 wurde auf Antrag des Reiches deutscher Bevölkerungsverbands beschlossen, den unehelichen Kindern, deren Väter vor dem Feinde stehen, dieselbe Kriegsunentschädigung zu wie den ehelichen zu gewähren. Man bedachte, dass die Kriegsunterstützung, an der Nachstellung der unehelichen Kinder gegenüber den ehelichen etwas zu ändern — davon ist nie die Rede gewesen —, man wollte nur auch ihnen gegenüber die Pflicht des Vaterlandes erfüllen, das die Angehörigen der Krieger vor dem Feind und Elend zu schützen entschlossen waren. Dazu lag bei den unehelichen Kindern besondere Anlass vor, welche nach Sterilität, körperlicher und geistiger Entwicklung, wie Verwahrlosung und Gefährung den ehelichen gegenüber stand im Maße und, und der Schutz für sie bei uns in deutscher Weise noch ungemein entwöhnt ist.

Nachdem alle der unehelichen Väter bereits bestellt waren und noch mehr fallen werden, ersucht es gebeten die weitere Frage zu regeln, ob man nach dem Kriege diese Kinder, die bisher die Kriegsunterstützung beziehen, sich wieder selbst überlassen soll. Die Pflicht der Vaterlandserhalt und Kriegsentschädigung gebietet es, ihnen wie den Hansestädten, den vertriebenen Gefallenen weiterhin behilflich zu sein und ihnen auch die Kriegsunterstützung zu gewähren. Verstärkt verschiedener Parteien, wie der betriebsnahen Aktionsgruppe der Kriegsunterstützung haben bereits in Einverständnis damit eingesetzt.

Bei der sohn Wichtigkeit indessen, die eine zweckmäßige Regelung der Angelegenheit für das Gebet bei Täuferei von schwachbedürftigen Kindern hat, und bei der Bedeutung, die einer einfachen und übersichtlichen gesetzlichen Regelung zu kommt, schlagen wir vor, in den Gesetzen über die Witwen- und Waisenversorgung statt des Wortes „eheliche oder legitimisierte Kinder“ zu setzen „Kinder“, und in den Verhandlungen klarzulegen, dass damit die unehelichen Kinder, sowohl sie eben gleich als Kinder des Vaters wie aus anderen Gründen, also im Rahmen der Bestimmung über die Kriegsunterstützung berücksichtigt werden sollen.

Damit würde auch am einfachsten dargelegt, dass an keine Rücksicht der Bestimmung des B. G.-V. über die unehelichen Kinder gebacht ist, und leichter Bedenken nach dieser Richtung erhöhen werden können. Das uneheliche Kind hat nach dem Tode seines Vaters nicht denselben Schutz wie das eheliche, das seinen Vater verlor, denn ihm fehlt dann auch eine feste, gesellschaftlich anerkannte und gesicherte Familie, die es schützen würde. Selbst wo ihm zufällig, wie so einem ehelichen, aus dem Erbe des Vaters einiges Geld zufließen sollte, bliebe es immer viel schlechter gestellt, als das eheliche; stets ist es viel größeren Gefahren ausgesetzt und wird leichter zugrunde gehen und verwahrsachen.

Es wäre daher im Interesse des Staates und der Gesellschaft höchst verhörlich, ihm eine geringere Rente als dem ehelichen auszusparen. Abweichende Bestimmungen für uneheliche Kinder zu treffen, würde nicht nur unnötige Schwierigkeiten ins Gesetz und seine Anwendung hinzutragen, sondern auch dazu führen, dass die Unrechtsfreiheit des Kindes durch diese Abweichungen

an ihrer Seite von der der ehelichen bei jeder Gelegenheit besonders betont und so die Entwicklung des Kindes häufig gefährdet und oft geschädigt würde.

Hat doch die Regierung aus diesem Grunde schon lange Maßnahmen getroffen, die Geurturkunde der Unrechtlings denen der Ehelichen angemessen, weil auch schon die Entwicklung an die Unrechtlings seiner Geburt dem Kind schaden kann. Ein Grund dazu könnte doch höchstens darin liegen, dass man das unrechte Kind für den Sohn seines Mutter strafen wollte. Das wäre aber nicht nur im höchsten Maße ungerecht, wo es sich um einen Fehler der Mutter und nicht des Kindes handelt, sondern es wäre auch Unrecht gegen den Vater. Hat dieser doch in derselben Weise sein Leben für das Volk gelassen, wie der eheliche Vater, so sollte die Gesellschaft noch nachdrücklich bestrebt sein, statt seiner, den sie doch nicht mehr erreicht, sein Kind zu strafen und aufzuhussen.

Im Interesse der Gesellschaft, des ganzen Volkes, für das auch ihre Mütter in den Tod eingingen, kann man den unehelichen Kindern um so eher diese Hilfe gewähren, als der bisherige Rechtszustand bereits Vorwürfen aufzuzeigen hat, dass die Rente nur dem Kind, nicht aber der Mutter angemessen kommt. Die Verwaltung dieser Kinder steht nach dem Gesetz nicht der Mutter, sondern dem Vormund des Kindes zu. Dadurch besteht eine starke Gewähr, dass diese Kinder wirklich allein dem Recht dienen, dem Vaterland ein stolzes Bild zu erziehen. Wir sind gewiss, dass die vaterländische Gemeinschaft und gerechte Menschlichkeit, von der der hohe Reichstag in der ersten Bestimmung über die Kriegsunterstützung sich leiten lässt, ihn zu der Freiheitserklärung über die Kriegsmassenrente in dieser Sicht bestimmen werden."

Der Breslauer Magistrat hat diese Eingabe mitunterzeichnet. Hoffentlich stimmen Reichstag und Bundesrat recht bald zu.

Uebrigens können den unehelichen Kindern von Gefallenen schon jetzt einmalige Unterstützungen geziert werden. Solche Anträge sind durch Vermittelung der Polizeibehörde am Erste zu stellen.

### Die moderne Seeschlacht.

Der Vortrag mit 140 zum Teil farbigen Lichtbilbern, der am Sonnabend abends 8 Uhr im Thalia-Theater stattfindet zeigt folgende Einzelheiten:

Die Formen des Seekrieges: Kreuzerkrieg, Blockade und Hochseeschlacht. — Die einzelnen Schiffstypen: Uinienschiffe, Panzerkreuzer, geschw. Kreuzer, Torpedoboote, Unterseeboote, Kanonenboote, Spezialschiffe. — Räumung durch moderne Großkampfschiffe. — Räumung durch ein Schachschiff und seine Räume. — Schiffskarriere und Panzerung. — Panzerlinie und Ufisseinrichtungen. — Torpedos.

Die Mobilisierung zur See. — Die Vorgänge auf dem Wasser vor und bei Ausbruch des Weltkrieges. — Taktik und Strategie zur See. — Die Kriegsschauplätze zur See.

Geschichtlicher Rückblick: Kampf der Galeeren. — Taktik der Griechen, Karthagener und Römer: Raumschluss und Entsatzkampf. — Kämpfe der Segelflotte, Rauberschiffe.

Moderne Seetaktik. — Die einzelnen Kriegsformen. — Aufgaben der Großkampfschiffe, der Kreuzer, Torpedos und Unterseeboote sowie der Marinetaufzehrung. — Artilleristischer Betrieb einer Hochseeschlacht. — Unterseebootskämpfe. — Torpedos und Seeminen. — Marinetaufzehrung im Raum. — Die Seegeschäfte an der chilenischen Küste und in der Nordsee. — Schlachtkämpfe überlebender. — Untergang des "Audacious". — Untergang des "Grafton". — Untergang des "Blücher".

Viertels zum Preise von 20, 30 und 50 Pfennig für die verschiedenen Plätze sind im Gewerkschaftshaus, Zimmer Nr. 86, zu haben.

### 25 Mark

für Einzel-Liebesgaben an die Feldgrauen im Felde sind uns von den Soldaten des Militär-Paket-Depots freundlich überwiesen worden. Wir quittieren hiermit gern über diese Spende echter Kameradschaftlichkeit und hoffen, damit inigen von denen, die noch nie oder nur selten eine Liebesgabe erhalten haben, eine besondere Freude zu machen.

Lang, blieb es in diesem Falle nur beim versuchten Mord. Da: Angeklagte Böckmann stiftete darauf ihren Siebzehner an, ihrem Mann auf andere Weise uns Leben zu bringen. Böckmann führte die Tat am 23. und 24. Juni aus, indem er Böckmann erwürgte. Gegen das Urteil hatten beide Angeklagte Revision eingereicht, in der sie in erster Linie rügt, dass die Stellung der den Geschworenen unterbreiteten Fragen nicht korrekt gewesen sei. Auch sei nicht erwiesen, dass die Tötung mit Überlegung ausgeführt worden sei. Das Reichsgericht war jedoch der Ansicht, dass das Urteil zu Bedenken keinen Anlass biete, und erkannte deshalb auf Verwerfung beider Revisionen.

Sturz vom Dach eines fünfstöckigen Hauses. Es kommt gewiss nicht alle Tage vor, dass jemand vom fünften Stock abstürzt und doch am Leben bleibt. Der Berliner Polizeibericht meldet aber folgenden Vorgang: Der 15jährige Schornsteinfegerlehrling Paul Schaller stürzte gestern vormittag infolge eines starken Windstoßes von dem Dache des fünf Stockwerke hohen Seitenflügels des Grundstücks Huisenstraße 44 in den Hof hinab und fiel hier auf den gelockerten Boden des Hofgartens. Man schaffte ihn nach dem Lazarus-Krankenhaus, wo man bisher aber weder dähere, noch innere Verletzungen feststellen vermochte.

Eine "Belämmigung" an die Einbrecher. Die ebenso von gesunden Humor wie praktischem Sinn zeugt, veröffentlicht im "Ostholändischen Kreisblatt" der Pastor Siegel in Bredow, der jüngst nachts Besucher in seinem Pfarrhaus mit der Waffe verjagten konnte. Er zeigte an: "Den Herren Dieben in der näheren und weiteren Umgebung des Ortschaft Bredow zur gefälligen Kenntnahme, dass nennenswerte Geldbestände, Wertpapiere oder sonstige Reichtümer im Bredower Pfarrhaus nicht aufgestellt liegen, so dass jetzt und in Zukunft ein Einbruch, wie er ausgetüftelt worden ist, das doch immerhin mit einem Risiko verbundene Geschäft keinesfalls lohnen dürfte."

Reaktion. Gegen das am 6. Dezember gefallte Urteil des Landgerichts I in Berlin in dem Prozeß Jakoby und Genossen, das den Hauptangeklagten wegen Betrugs und Vergehens gegen das Warenzeichengesetz zu fünf Jahren Gefängnis und Entfernung verurteilte, hat der Staatsanwalt, wie die Morgenblätter melden, Revision beim Reichsgericht eingereicht. Die Reaktion richtet sich nicht gegen das gesamte Urteil, sondern rügt die triviale Anwendung der in Frage kommenden Paragraphen. Die Reaktion richtet sich gegen sämtliche Angeklagten.



# Kleine Breslauer Nachrichten.

## Der Ballanzug.

Am Montag tagten, wie die „Schles. Blg.“ berichtet, in Breslau Vertreter der deutschen, österreichischen, ungarischen, bulgarischen und türkischen Bahnverwaltungen, die an der Schaffung einer schnellen Bahnverbindung zwischen Berlin und Konstantinopel beteiligt sind. Man erklärte sich darüber, daß dieser neue Schnellzug die amtliche Bezeichnung „Ballanzug“ führen soll. Über die Feststellung des Fahrplanes konnten dagegen noch keine endgültigen Beschlüsse gefaßt werden.

## Die Verwundetenrast des Breslauer Armenvereins-Vereins

In den Räumen der früheren Urania, Junkenstraße 38, erfreut sich einer steigenden Besetzung bei unseren verwundeten Gefallenen. Täglich verkehren dort von 8 bis 7 Uhr nachmittags viele Krieger — oft gegen dreihundert — die höchst angenehmen, wohltuenden Imbissen, kein Kosten und bei Unterhaltungspausen angenehm die Zeit verbringen. Um 5 Uhr sind täglich Veranstaltungen, zu denen sich namhafte Künstler und Dichter freudlich erfreuen. Hervorragendes Verdienst um die Unterholung erwirkt sich die nordische Feuerwehr, die seit Gründung fast täglich die neuesten und schönsten Filme für das cinematographische Theater in der Verwundetenrast zur Verfügung stellt.

\* **Vermittelner Selbstmord.** Am Montag stand ein Arbeiter auf dem Oderdamm am Zoologischen Garten eine schwarze Damenhandtasche mit verschiedenen Werten und einem Zeutel, auf dem geschrieben stand, daß die Besitzerin dieser Sachen Selbstmord durch Ertränken in der Oder begangen habe.

\* **Eine Straßenkinderin.** Als am Montag nachmittag ein 7 jähriges Mädchen in einem Kontumazentager auf dem Lehm-damm entlaufen war, wurde es gleich nach dem Verlassen des Ladens von einer fremden Frau angesprochen, die dem Kinde eine Bestellung in einem benachbarten Hause aufgab. Sie erbot sich, die Marktsäcke mit den einfachsten Waren und noch 49.89 Mark zu halten, was aber natürlich damals verschwunden, als das kleine Mädchen zurückkehrte. Die Dienlin ist etwa 10 Jahre alt, trug ein rotes Tuch um die Schultern und einen schwarzen Rock.

\* **rauelei.** Am Mittwoch ist an der Hundsfelderbrücke die Leiche einer Frau aus dem Wasser gezogen worden, die schon längere Zeit im Wasser gelegen hat. Es konnte ermittelt werden, daß es sich um ein 18 jähriges Mädchen handelt, das sich im Oktober an der Wasserspiele ertrank hat.

**Vom Fenster beim Bühnen abgestürzt** ist am Mittwoch früh ein 18 jähriges Dienstmädchen im Hause Schmidtsche Stadtbegraben 17. Es fiel auf die Straße und hat schwere Verletzungen erlitten. Ein armer der Feuerwehr schafften das Mädchen ins Allgemeine-Hospital.

## Stadt-Theater.

Lieber Freiz\*

Weitlich Aussicht habe, zu Ostern ins Gymnasium zu kommen aus der Septima, hat mir der Onkel Michel am Mittwoch zum Weihnachtsmärchen mitgenommen, weil doch Ostern keine Ostermärchen gespielt werden. Sie gaben den kleinen Däumling und den Menschenfresser, die wo auch in meinem Märchenbuch stehen tun; aber viel schöner, bloß ohne lebende Bilder, wie sie hier waren. Die 7 Jungen vom Holzhauer waren auch Nödel und der Däumling, der war am feinsten; der war auch immer so gehoffnol und wollte immer kluger sein wie die andern. Aber das hat gedauert, ehe sie zum Menschenfresser gekommen sind! Nein, weißt Du, wie der Vorhang immerfort ran und rumler gegangen ist und immer noch kein Menschenfresser gekommen ist, da dachten wir alle, es ist aus. Aber es war noch nicht neune und da dachten wir da, weil es doch erst um neune alle sein sollte. Du, hast aber der Menschenfresser gut! Der hat auch an fleischlosen Tagen Menschensleisch in der Suppe, weil doch die Verlobungen blos für die Dänen, Käfer und Schweine gültig ist. Und Brot kriegt er auch ohne Brotmarken. Da, dent blos, die wussten gar nicht, daß Krieg ist, blos von Frieden haben sie gewünscht. Und ich glaubt haben die Kinder und die Großen auch, aber die hatten ja wenig an, wie wir, wenn wir schlafen gehen. Und ja willige Figuren waren auf der Bühne: der König mit elettreichen Augen und ein Mensch mit drei Beinen, der konnte zwei in die Höhe heben, das können wir doch nicht. Am Schluss hat der König ein großes Fest gegeben und da kam die Königin wieder, die in die Höhle vom Menschenfresser verwandelt war. Das war sehr schön. Es wurde immer stürmer, wenn sich was verwandelte, aber ich hab ganz genau gesehen, wie die Königin die Kinderrobe gewegelt hat und der König auch. Der Onkel hat gesagt, hexen kann keiner. Und wie die Pölze die Bude vom Menschenfresser angezündet haben, da habe ich auch gesehen, daß das bloß eine Feuerzauber war und gar nicht richtig gebrannt hat. Lebhaft brechts nie richtig auf der Bühne, hat der Onkel gesagt, also wenn ein richtiger Theaterbruder ist. Denkt nur, für den König und die Königin haben sie zwei Schauspieler direkt aus Berlin kommen lassen, zwei in dumme Rollen! Der Onkel hat gesagt, bei uns in Breslau gibt nicht solch Dumme, die das spielen können und es wäre ein Schwindel. Das sagt der Onkel immer, wenn etwas aus Berlin ist. Gestolzi haben wir aber höchst über den Herrn Siebold, der immerfort auf der Bühne wie ein Gummiball rumhüpft und über die beiden Pfeifen und den Herrn Tanzer, der ganz gemütlich war und ein lächelnder Menschenfresser ist, wie der Onkel gesagt hat. Eine schöne Muß ist auch, von Clarus; der Onkel hat gesagt, bei dem Brande wäre sie von Meier Beer gewesen und wie die Bäste zum König tanzen habe ich ganz deutlich gehört, wie sie bei Jungfernstrang gespielt haben, auch das lied: weißt Du, wieviel Sternlein sehn? und die „Müll-Nacht“ kam vor. Wenn die Muß ist ganz leise spricht, da besteht immer einer mit seinem Husten dazwischen; das war ja schräg! Und mein Nachbar hat gesagt, selber wäre es viel schöner gewesen. Das glaube ich aber nicht und der Onkel hat auch ein paar mal gesagt: Das ist ja recht nett! Und der muß es wissen, denn er ist viel älter als ich.

Es kostet Dir ein frohes Fest und grüßt Dich.

Dein Lufzang Steffel.

Endschuldige, wenn Fehler drin sind: ich habe eine ganz verstauchte Feder.

Für die Richtigkeit des Obigen

H. M.

## Schlesien und Polen.

**Kriegsamt.** 16. Dezember. Ein sonderbares Angriffsobjekt erschien sich eine wildgewordene Kuh aus, die auf dem Transport nach dem Schlachthof sich losriss und die Bahnhofstraße entlang raste. Das wilde Tier stürzte sich gegen einen der am Bürgersteige schreitenden Kinderwagen, in welchem das etwährige Söhnchen des Bahnarbeiter Böhm lag. Die Kuh sprang mit den Bordenhusen in den Kinderwagen, demolierte diesen, doch kam das auf das Straßenseiter stürzende Kind zum Glück nur mit geringfügigen Verletzungen davon.

**Söwenberg.** 16. Dezember. Folgenschwere Verlebung. Die Frau des Stellenbesitzers Heinrich Müller in Oberleßelsdorf hatte sich vor einigen Tagen an der Hand an dem verrosteten Eisenbüchse eine kleine Verlebung zugezogen. Bald nachher schwoll die Hand an und trotz ärztlicher Hilfe ist nunmehr die Frau an den Folgen einer Blutvergiftung verstorben.

**Schneidemühl.** 16. Dezember. Vom Kameraden erstickt und bestohlen. In der Nacht zum Sonntag wurde laut „Gesetz“ ein Soldat auf der Straße von einem Kameraden erstickt und bestohlen. Der Täter ist verhaftet.

**Gewichthalte C.-Z.** 16. Dezember. Bestrafte Banditen. Die beiden Schleier-Josef Bünker und Theodor Dröhl von hier haben am 30. Oktober den Arbeiter-Palella auf der Gewichthalte

überfallen und ihm unter Drohungen 12 Mark geraubt. Das außerordentliche Kriegsgericht verurteilte die Angestellten zu 1: acht Jahren Zuchthaus, 10 Jahren Chiverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht.

**Steinisch.** 16. Dezember. (W. T.-V.) Schwere Eisenbahnu-England. Aufsicht. Zugtrennung verunglückte der Güterzug 8854 am 14. Dezember gegen 4 Uhr 50 Minuten nachmittag in Kilometerstation 1604 der Nebenbahn Orzechow-Gleiwitz. Ein Hilfschaffner ist tot, ein anderer verletzt; der Materialschaffner ist bedient. Der Personenverkehr wird durch Umsteigen aufrecht erhalten. Die Güterzüge werden über Idowalche geleitet. Die Störung wird voraussichtlich länger als 24 Stunden dauern. Die Ursache des Unfalls ist noch nicht geklärt.

## Die Antwort Österreichs an Amerika.

**Wien.** 16. Dezember. Der Minister des Auswärtigen, Baron Birken, hat an den amerikanischen Botschafter Penfield am 14. Dezember nachstehende Note gerichtet:

Zu der sehr geschätzten Note Nr. 1167, welche Eure Exzellenz der außerordentliche und bevollmächtigte Botschafter der Vereinigten Staaten von Amerika E. Frederick Penfield in Namen der amerikanischen Regierung in der Angelegenheit der Verfehlung des italienischen Kampfers „Aconcagua“ am 9. Dezember an ihn richtete, lehrt sich der Unterzeichnete vorläufig und unbedingt einer eingehenden weiteren Behandlung der Proklamation zu beinen, daß die Schärfe, mit der die Bundesregierung den Kommandanten des an der Sache beteiligten Kriegsverbands laufen zu sollen vermeint und die Entschiedenheit, mit der sie an die Adresse der österreichisch-ungarischen Regierung gerichteten Forderungen vorgebracht erscheinen, wohl hiezu erworben lassen, daß die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika die tatsächlichen Umstände des Falles, auf die sie sich stützt, genau anzugeben. Wie ursprüher zu erkennen ist, läßt die in der besagten Note enthaltene Darstellung des Sachverhaltes zahlreichen Zweifeln Raum und gewährt, selbst wenn sie in allen Punkten zutreffend wäre, durchaus keine genügende Handhabe, um den Kommandanten des Kriegsschiffes oder der österreichisch-ungarischen Regierung ein Beschluß zur Last zu legen. Die Bundesregierung untersucht auch, die Personen zu bezeichnen, auf deren Aussagen sie sich beruft und welchen sie anzuschulden einen höheren Stand der Glaubwürdigkeit zuvertraut zu dürfen glaubt, als dem Kommando der Kaiserlich und Königlichen Flotten. Auch was die Zahl, die Name und das jüngste Schicksal der amerikanischen Bürger anlangt die im letzten Augenblick an Bord des genannten Kampfers weisten, läßt die Note keinerlei Auskunft verraten.

Die österreichisch-ungarische Regierung ist gleichwohl im Hinblick darauf, daß das Washingtoner Statthalterium nunmehr die positive Bekämpfung des Inhalts abgab, es seien bei dem fraglichen Vorfall Angestellte der Vereinigten Staaten von Amerika zu Schaden gekommen, im Prinzip bereit, in der Angelegenheit in Gedanken austausch mit der Bundesregierung einzutreten. Sie muß aber zunächst die Frage aufwerfen, weshalb diese Regierung davon abgesehen habe, die in ihrer Rolle angestellte Forderung unter Bedachtnahme auf die von ihr selbst hervorgerufenen besondren Umstände des internationalen Vorfalls juristisch zu begründen und an Stelle einer solchen Begründung den Kampf auf den Schriftwechsel setzte, den sie in anderen Anlaßgegenständen mit einer anderen Regierung geführt hat. Die österreichisch-ungarische Regierung benötigt dem Washingtoner Statthalter auf diesem ungewöhnlichen Wege um so weniger zu folgen, als sie lebenswichtig erkennt, daß von allen einzeln einen Korrespondenz der Bundesregierung besteht. Sie ist auch nicht der Ansicht, daß die Befreiung im vorliegenden Falle genügend könnte, der, soviel dies Informationsreichtum in wesentlichen Punkten anhält, der Kriegsgefecht ist, als der Fall oder die Fälle, auf die die Anerkennung der Vereinigten Staaten angewiesen schenkt. Die österreichisch-ungarische Regierung darf jedoch beim Washingtoner Statthalter anhören, die einzelnen Rechtsfälle zu formulieren, gegen welche die Kommandant des Untergeschossen anlässlich der Verfehlung der „Aconcagua“ verloren haben soll. Die Regierung der Vereinigten Staaten hat auch geglaubt, auf die Haltung verwiesen zu wollen, welche das Berliner Statthalter in dem erwähnten Schriftwechsel eingenommen hat. Die österreichisch-ungarische Regierung findet in der sehr geschätzten Note folgende Anhaltspunkte dafür, welcher Weise die dieser Hinweis entspringt. Sollte jedoch die Bundesregierung damit bezeugt werden, ihre Meinung in der Richtung zu äußern, als war in der sie enden Ansicht ein Prinzip handelte, ist anzusehen, daß die Regierung um etwaige Mierverständnisse zu verhindern, darum die Unterzeichnung einer Rechtsaufsicht zu machen. Indem der Unterzeichnete die Ehre hat, die Gesellschaft des Herrn Botschafters der Vereinigten Staaten von Amerika mit der ergebenen Rücksicht im Anspruch zu nehmen, das Vorleben der amerikanischen Regierung mitzuteilen, und bei dieser Gelegenheit zum Ausdruck bringen zu wollen, daß die österreichisch-ungarische Regierung nicht weniger als die österreichische Regierung und unter allen Umständen aufrecht ist, bestätigt, hält er zugleich auch Ihren Befehl, um den Herrn Botschafter den Aufdruck seiner ausgezeichneten Hochachtung zu erneuern.

B. Hartmann. p.

## Englische Parlamentskämpfe.

**London.** 15. Dezember. Unterhaus. Cowanwall fragte ob Squith ausführliche Mitteilungen über die politische und militärische Lage bezüglich des Krieges zu machen beabsichtige. Als Squith erwiderte, er werde sehr gerne eine Erklärung abgeben, sobald es mit den österreichischen Interessen und strategischen und diplomatischen Erfordernissen vereinbar wäre. Eine pure Partei-Erklärung abzugeben, wäre sehr unbestreitig und könnte Schaden. Er werde es sich aber sorgfältig überlegen, ob er der Anregung folgen könne. Cowanwall fragte, ob Squith den guten Willen halber Schritte tun werde, daß die Geschäftsräte der Minister, Abgeordneten und aller Staatsbeamten um 25 Prozent herabgesetzt würden. Als Squith erwiderte, er sei nicht und sagte auf weitere Fragen: Ich nehme mein Gehalt und will weiter es weiter tun. In der Debatte über die Verlängerung der Legislaturperiode beantragte Cowanwall die Abschaffung der Vorlage. Die einzige verfassungsmäßige Vorschrift seien Meinungsverschiedenheiten. Selbst wenn die Regierung durch die Kriegslärm bewogen hätte, daß sie des Vertrauens der Nation würdig wäre, würde er den verfassungsgünstigen Standpunkt vertreten. Amerikas Unionist unterschätzte den Aufstand, die Bill abzulehnen. Seine Gründe, die Bill nicht ohne Protest durchgehen zu lassen, beruhen auf der gesamten Kriegssituation. Es sei leicht, die Regierung zu kritisieren. Sie bräuchte kein Paar, das entscheidet und berücksichtigt. Der gegenwärtige Zustand werde verhältnismäßig fortdueren, wenn nicht etwas eintrate, was die Nation zur Entscheidung bringe. Die Neuwahlen hätten einen großen Nachteil, aber es wäre besser, daß die Nation entscheide, welche Regierung sie haben möchte, und wie der Krieg in den verhältnismäßig verdeckten Monaten des Kriegsablaufs geführt werden sollte. Beide (liberal) sagten, die Bill sollte abstimmt angenommen werden. Es sei jetzt keine Zeit, die Votlagen der Regierung abzuwarten. Wenn die Abgeordneten eine Meinung hätten, sollten sie einen Wiedertritt beantragen. Der liberale (liberal) sagte, die Neuwahlen im Januar vornehmen zu lassen, um Stimmen gegen die Regierung zu machen, ist ein politischer Standpunkt. Chaplin (Unionist) sagte, die unionistische Partei sei bereits durch das Sommergesetz und das Waller-Archengesetz beeindruckt, sie solle jetzt auch durch die Bill über ein plurales Wahlrecht geschädigt. Die Regierung hätte diese Streitfrage aus der neuen Bill ausschalten sollen.

zung zu machen, ist ein politischer Standpunkt. Chaplin (Unionist) sagte, die unionistische Partei sei bereits durch das Sommergesetz und das Waller-Archengesetz beeindruckt, sie solle jetzt auch durch die Bill über ein plurales Wahlrecht geschädigt. Die Regierung hätte diese Streitfrage aus der neuen Bill ausschalten sollen.

## Politische Übersicht.

### Herausgabe untauterer Kriegsgewinne?

Bei Unterstützung aller Parteien mit Ausnahme des Zentrums hat der Abgeordnete Schäffer-Magdeburg (nationalliberal) im Reichstag folgenden Antrag eingebracht:

1. Maßnahmen zu treffen, um unter voller Wahrung der Interessen des reellen Geschäftsbetriebs die Untersuchung und Feststellung von Fällen herbeizuführen, in denen durch Kriegslieferungen, die Vorbereitung, Vermittelung, Verzerrung oder Verschaffung von Kriegslieferungen oder eine ähnliche Wirkung bei ihnen ein überwältigender oder untauter Kriegsgewinn erzielt worden ist.

2. einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den für den Reichskassenfiskus einen Aufschluß auf Herausgabe solcher Gewinne begründet wird.

Falls damit nicht etwa eine Freisprechung der sogenannten „saureren“ Kriegsgewinne beabsichtigt ist — einverstanden.

**Urkunde über Liebnecht.** Neben das Verhalten des Abgeordneten Dr. Liebnecht im Reichstage wird der „Frankfurter Volksstimme“ in einem Brief aus dem Reichstage geschrieben: „Auch durch die fünf oder sechs Zwischenzüge Liebnechts, die die österreichisch-ungarische Münze so geistlos machte, daß das Haus mehrfach in ungünstige Heiterkeit ausbrach, wurde Bethmann zu keiner Änderung seines einfachen und gerinnenden Tones veranlaßt.“

Der „Volksfreund“ in Karlsruhe bemerkte dazu: „Schwer kann das in der Tat die einzige Erklärung, die man für das Verhalten dieses Mannes hat.“

Auch wie haben uns schon öfter erzählt, ob die bedauerlichen Formen, mit denen Liebnecht mitunter ganz berechtigte Anregungen vertritt, nicht auf eine laile Renditebereitung zurückzuführen sind. Und sein äukeres Auftreten unterstützt diese Annahme leider sehr. Dies spricht zu seinen Gunsten.

Dem Metzelaarabordneten Genoss Davidsohn ist das Elternkreuz 2. Klasse verliehen. Er nahm zuletzt an den Kämpfen in Serbien teil und wurde dort zum zweiten Male verwundet.

## Briefkasten.

M. Barth. Es fehlt eine nähere Adresse.

J. P. Kohlendre. Wenden Sie sich an den Gemeindevorstand unter Angabe ihrer Verhältnisse.

Dr. egemüllsleiter, die über Ihre Ausgaben und Einnahmen beim Kreisacher Rechnung geführten, wollen diese der Redaktion der Volkswacht für allgemein staatliche Zwecke übergeben.

W. B. Anstrengen ob eine Unterstrafe beantragt werden nicht.

W. Neustadt. Der junge Mann soll seinen Eltern oder der Geschäft aus dem Felde schreiben, daß er sie beansprucht, seine Unfallrente während des Krieges weiter zu erheben. Die Rente wird weiter gezahlt.

Th. Fürstenstraße. Ja, beim Durchschwimmen des Vermesskanals.

Nr. 10. Wenn die Herrschaft die Briefe des Mädchens aufnimmt, so ist das nach der Gesindeordnung kein Grund, die Stellung sofort zu verlassen; aber die Herrschaft ist strafbar wegen Verlehung des Briefgeheimnis.

St. Gudebrandstraße. Ihre Sache eignet sich nicht dazu, öffentlich mitgeteilt zu werden. Konnten Sie die Miete für die zweite Hälfte nicht bezahlen, so müßten Sie sich bei der Haushaltswirtin entlasten. Sicherlich wäre damit viel Rüder in Haushalt verhindert worden.

Dotoran W. W. Während des Heimaturlaubs gibt es kein Berghausgeld; nur die Wohnung wird weiter gezahlt. Verpflegungsgeld erhalten nur die Geschulungssucher aus den Lazaretten. Das Verpflegungsgeld beträgt für den Tag 120 Mark.

**Breslauer Schatzsuchmarkt.** Am 15. Dezember. Der Aufschluß einer 15-jährigen Kinder, 101 Schafe, 857 Röder, 12 Schafe, überlebend vom verlorenen Markt waren: 10 Röder, 12 Schafe.

Es werden gezahlt für 50 Kilogramm:

	Preis, gerechnet	Schlagschwein
1. Dez.	2. Dez.	15. Dez.
Rinder: Schafe; vollfleischig, aufgemästet (ungezährt)	65-72	116-128; 114-126
vollfleischig, ausgemästet, 1-7 J.	65-62	100-104; 100-107
schweine, nicht aufgemästet und ältere ausgemästete	60-58	100-106
schweine, jung, aus dem älteren	61-49	

**Alkoholfreie Getränke.****= Bilz-Sinalco =**

**Brauerei, Bräuer & Brause,** Gefundenstr. 129. Wittenbergstr. 129. Wittenbergstr. 144. Tel. 9192.  
**Blümchen, Max.** Oderstraße 28.

**Thomas Brause, Gabenstr. 84.**

Telephone 2311.

**Altwaren**

**Rösenfeld, M.** Kupfermühlestraße 27.

**Bäckereien und Konditoreien**

**Froth, Carl.** Oderstraße 29.  
**Güllmann, W.** Polenerstraße 4.  
**Kraus, Wilhelm.** Eisenmarktstraße 25.  
**Krause, Julius.** Rosenthal 84 (at Markt).  
**Margot, Hotel.** Marktstraße 2.  
**Mohr, Paul.** Oderstraße 69.  
**Schmidt, Will.** Margaretenstraße 15.  
**Wiegert, Paul.** Steinauerstraße 8.

**Badeanstalten.**

**Brückner, Gab.** Neue Gasse 14.

**Berufskleidung, Wäsche**

**Wiemer, G.** Kupfermühlestraße 42.

**Betten- u. Bettfedern-Reinigung.**

**Gilling, J.** Neubörstr. 2. Ecke Gartenstr.

**Bier-Brauereien, Bier-Verein**

**Blauer Adler** Schubinsche 57. Ost. G. Jahr.

Haale-Bier, vorzügl. Rübe.

**Geusenfisch, Brauerei** Breit, Göttau.

Eckhardt.

**Brauerei Sacrau, G.**

**Brauerei „Zum Hirschkopf“** eingeschr.

Großendahl m. b. h.

**Grüne Postst.** Neuscheffl. 64. P. Quadt.

**Hopf & Görde Jubiläums-**

Biere.

Göbel, August, Friedrich-Wilhelmstr. 45.

Kern, Josef, Oderstraße 3.

Menzel, J. Kupfermühlestraße 56.

Wittföhr, Paul, Nikolaistr. 53.

Göbel, Franz, Jr., Eisenstraße 76.

Göbel, G. Neustadtstraße 28.

Wiesner, F. A. Krancerei, Neumarkt.

an der Grenze, Großdöllnitz 131. Borsig, Rübe.

**Bugel- und Reparatur-Anstalt**

Gits, Geb.-Wilhelmstr. 16. Tel. 3704.

**Bürsten-Fabriken**

**Wichtner, Altenstr. 31**, grüne u. rote Mari.

**Göppner, Al.** Bürst. Großherrenstr. 14. part.

**Café**

**Passagen-Café** Ring Eißendorffstr. 6.

**Drogen und Farben**

**Mit. Sohn, Matthäusstr. 121. a. Seidenbg. B.** Dreyfuss-Silva-Diaz-Drogerie, Altenstr.

**Göhrmann, P.** v. d. L. Zieg. Freytagstr. 12.

**Hahn-Drogerie** Friedr. Wilhelmstr. 19.

**Hänsler-Drogerie** Klosterstr. 11. Ede Zieglitz.

**Brown-Drogerie** Großherrenstr. 25.

**Vieira-Drogerie** (Biergord.) Kleinestr. 22.

**Woh. Dr. Kupfermühlestr. 23.** Ede Zieglitz.

**National-Drogerie** Frankfurterstr. 111.

**Pelzer, Walther** Bergmannstr. 15.

**Eisen- u. Stahlwaren**

**Gagel & Gagel** Großherrenstraße 30.

**Stieglitz, O.** Leibnizstr. 18 (Weserhalle).

**Wüste, Georg** Schleinitzstraße 51.

u. Zeisigstr. 11. West. Klosterstraße 75.

**Eisenwaren- u. Werkzeughandl.**

**Göbel, Gott.** Matthäusstr. 91/93. Tel. 2162.

**Fahrräder und Nähmaschinen**

**Graß, Josef** Frankfurterstraße 89.

**Gebr. Graß, Böttcher auf's Riedelstr. 42.**

**Göthe, Johann** (Kreipe) Matthäusstr. 39.

**Glüge, Max** Herrenstr. 92.

Göder, Paul, Oderstraße 4.

**Geiser, J.** Ritterstraße 63.

**Geissel, W.** Ritterstraße 20. Tel. 3887/61.

**Fleischereien u. Wurstfabriken**

**Ackermann, Karl** Sonnenstraße 40.

**Bauer, H. N.** G. Schneider, Frankfurterstr. 15.

**Böhm, Otto** Schmidtmühle 13a.

**Bösch, Otto** Leibnizstr. 13.

**Bösch, Otto** Großherrenstr. 5.

**Bösch, Otto** Oderstraße 50.

**Bösch, Otto** Schmidtmühle 12.

**Bruegel, John** Ritterstr. 6.

**Bösch, Otto** Schmidtmühle 16.

**Bösch, Otto** Schmidtmühle 39.

**Bösch, Otto** Schmidtmühle 24.

**Bösch,**